

TITEL

# NATIONALIST RASSIST – FASCHIST?

Er torpediert die Briefwahl, stachelt Milizen an und korrumpiert sein Amt: Um an der Macht zu bleiben, schürt Präsident Donald Trump das Chaos. Und riskiert dabei Amerikas Demokratie

Von Jan-Christoph Wiechmann

Donald Trump nach dem Unterzeichnen einer Exekutiv-Verordnung Anfang Juli im Kabinettsraum des Weißen



Instrumentalisierung des Militärs: Von Trump gegen den Willen der Lokalpolitiker geschickte Sicherheitskräfte schießen mit

**231 JAHRE NACH GEBURT DER US-DEMOKRATIE IST DIE FRAGE: WIEVIEL IST VON IHR ÜBRIG?**



Persönliche Bereicherung: Als Präsident nutzt Trump seine Hotels auf Staatskosten – hier 2018 den National Golf Club in

**K**yle Murphy hat sich den impulsiven alten Mann mit dem gefärbten Haar oft genug aus der Nähe angeschaut. Er hat im Oval Office gesessen und sich bemüht, ihm Fakten beizubringen und in Telefonaten mit Staatsoberhäuptern das Richtige zu sagen. Er hat diesen Mann beobachtet, so wie es sonst seine Aufgabe ist, ausländische Staatschefs zu beobachten und einzuordnen als Demokraten, Autokraten oder Volkstribune.

Murphy kam zu einer furchterregenden Erkenntnis: Die beiden Führer, die Präsident Trump am meisten bewundert, ja, in die er „vernarrt“ ist, sind jene, die er, der Analyst im Geheimdienst, für die gefährlichsten hält: Wladimir Putin und Kim Jong-un. Ein Diktator, der versuche, die politische Opposition zu töten und mit allen Mitteln an der Macht zu bleiben. Und einer, der impulsiv reagiere und keinerlei Transparenz zeige. „Die schlimmen Folgen für die USA und die globale Weltordnung kann man gar nicht überbetonen.“

Zehn Jahre lang hat Kyle Murphy, 37, mit Hingabe für seine Regierung gearbeitet. Er hat im Nationalen Sicherheitsrat Dossiers über andere Länder erstellt und sie den Präsidenten Obama und Trump vorgelegt. Und er hat als Geheimdienstler im Verteidigungsministerium darauf hingewiesen, wenn Autokraten gegen demokratische Normen und Menschenrechte verstießen.

Er hätte nie gedacht, dass ein solcher Mann an der Spitze der USA stehen könnte. „Trump macht all das, was Autokraten machen. Als Analyst würde ich normalerweise warnen: Das ist ein Land, das sich Richtung Autoritarismus bewegt und dessen Regierung sich als höchst instabil und gewalttätig gezeigt hat.“

Murphy gibt das Interview in seiner Wohnung in Washington, deren genaue Lage er nicht nennen möchte. Er wirkt schwer mitgenommen von den Erlebnissen der vergangenen dreieinhalb Jahre. Er hatte gehofft, dass Experten wie er Trump Einhalt gebieten könnten, genauso wie Minister, der Kongress, dieses gewaltige Arsenal, das der US-Demokratie zur Verfügung steht.

Dann aber musste Murphy ansehen, wie der Präsident ein ums andere Mal Methoden anwandte, die aus dem Handbuch von Diktatoren zu stammen schienen: Er schuf „alternative Fakten“. Er dämonisierte Gegner. Er betrieb systematisch Hetze gegen die Medien als „Feinde des Volkes“.

„In den vergangenen Monaten haben wir eine rasante Eskalation erlebt“, zählt Murphy auf. „Trump setzt Bundestruppen gegen friedliche Demonstranten ein. Und Agenten des Heimatschutzministeriums gegen Journalisten. Er torpediert die Briefwahl und ruft jetzt seine Anhänger dazu auf, zwei Mal zu wählen, also Gesetzesbruch zu begehen.“

Im Juni trat Murphy schließlich von seinem Posten zurück. Es war eine Reaktion auf den militärischen Einsatz gegen Demonstranten am Lafayette Square, der dem Präsidenten ein Wahlkampffoto mit Bibel ermöglichen

sollte. Auch Murphys Vorgesetzter, Verteidigungsminister Mark Espen, war dabei und nannte US-Städte „Schlachtfelder“, die man zu dominieren habe. „Das war ein rapider Sturz Richtung Autoritarismus“, sagt Murphy, „ich kam zu dem Schluss, dass ich für den Schutz der Demokratie von außen mehr bewirken kann.“

Durch seinen Rücktritt hat er Gehalt und Sicherheit verloren, eine ganze Karriere. Zum Glück hat seine Frau noch einen Job. Aber er habe die Freiheit gewonnen, Widerstand zu leisten, und beteiligt sich als Aktivist an Aktionen, um die Wahlen am 3. November zu beschützen.

Was gibt Ihnen Hoffnung?

Er überlegt länger. Dann nennt er Burkina Faso, wo das Volk erfolgreich gegen den früheren autoritären Herrscher protestierte. Und Gambia, wo sich vor allem die Jugend gegen den ehemaligen Diktator durchsetzte.

Da sieht er jetzt Vorbilder für die amerikanische Demokratie: im Westen Afrikas.

231 Jahre nach der Geburt der modernen Demokratie in Philadelphia lautet die unbequeme Frage: Wie viel ist noch von ihr da? Wie viele Pfeiler wurden von Trump schon demontiert oder angesägt? Oder – wie es Kyle Murphy formuliert: Wie schnell vollzieht sich so ein Absturz Richtung Autoritarismus?

montiert oder angesägt? Oder – wie es Kyle Murphy formuliert: Wie schnell vollzieht sich so ein Absturz Richtung Autoritarismus?

**M**an hat sich bei Trump an einiges gewöhnt, aber die Liste der Verfehlungen und Brüche ist überwältigend: Persönliche Freunde werden begnadigt. Aufrechte Demokraten werden ge feuert. Seine eigenen Unternehmen profitieren finanziell von seiner Amtsführung. Die Wahlen nennt er im Vorfeld manipuliert. Und jetzt fungiert der Justizminister auch noch als sein persönlicher Anwalt.

Jeder einzelne Punkt wäre unter einem anderen Präsidenten ein handfester Skandal. Bei Trump ist der Skandal die Norm.

Längst läuft in den akademischen Zirkeln Amerikas eine nie für möglich gehaltene Diskussion: Was ist dieser Präsident? Ein Nationalist – sicher. Ein Rassist – auch das. Aber schon ein autoritärer Herrscher? Ein Autokrat?

Die vom *stern* interviewten Politologen, Juristen und Philosophen sind allesamt höchst besorgt, kommen aber zu unterschiedlichen Urteilen:

Die ehemalige Außenministerin Madeleine Albright, die es mit Tyrannen wie Slobodan Milosevic aufnahm und ein Buch über Faschismus schrieb, zeigt sich im Interview „sehr besorgt über undemokratische Methoden“ und „systematischen Rassismus“ der Trump-Regierung. „Ich nenne ihn aber bewusst nicht Faschist, das ist ein Begriff, den Menschen benutzen, ohne ihn voll zu verstehen.“

Anders Yales Philosophieprofessor Jason Stanley, der Trumps rassistische Politik und seine Angriffe gegen das eigene Volk sehr wohl als faschistisch einstuft.

Ryan Crocker, der wohl bekannteste US-Diplomat, der mit den Taliban und Saddam Hussein verhandelte, erkennt in Trump viele diktatorische Züge wieder, „die ▶



Kyle Murphy, 37, arbeitete als Sicherheitsberater unter den Präsidenten Obama und Trump. Er kündigte in diesem Jahr, um als Aktivist gegen die Wiederwahl Trumps zu kämpfen

FOTOS: JOHN RUDOFF/DPDP, AL DRAGO/THE NEW YORK TIMES/REDUX/LAIF



Umgehung des Parlaments: Nachdem der Kongress ihm das Budget für seine Mauer verwehrt, bewilligte Trump die 2,5

## BEI FRÜHEREN PRÄSIDENTEN WÄRE JEDE TAT EIN SKANDAL. BEI TRUMP IST DER SKANDAL DIE

ich sonst nur in Afghanistan und Irak antraf“.

Die Autoritarismus-Forscherin Erica Frantz von der University of Michigan wiederum identifiziert zwar autoritäre Elemente in Trumps Amtsführung, vor allem in der Verschmelzung von Exekutive und Judikative, nennt Trump aber eher einen „Möchtegern-Autokraten“.

Man hätte es nie für möglich gehalten: Das alles nur vier Jahre nach dem ersten schwarzen Präsidenten Barack Obama.

Oder eher: genau deswegen.

\*\*\*

Seit 23 Jahren arbeitet Mike Mize bei der Post in der Industriestadt Flint, aber solche Ereignisse wie in diesen Tagen hat der große Mann mit dem breiten Kreuz noch nie erlebt: Kurz vor der Wahl werden Sortiermaschinen seiner Filialen einfach entfernt, Überstunden gestrichen, das Tempo der Lieferungen gedrosselt. „Ich ahnte sofort, dass da ein politisches Spiel im Gang ist“, sagt er.

Mize, 47, Präsident der Postgewerkschaft von Michigan, ist an diesem Tag Ende August zu einer Versammlung in die Kleinstadt Southfield gereist. Nach und nach treffen seine Kollegen aus dem ganzen Staat ein und bestätigen, dass auch in ihren Regionen Maschinen stillgelegt wurden, sogar Briefkästen entfernt. „So können wir 25 Prozent weniger leisten“, sagt Mize aufgebracht. „Die Pandemie hat bereits für einen Kapazitätseinbruch von 30 Prozent gesorgt. Das hat System. Das kommt von ganz oben.“

Mike Mize und seine Kollegen meldeten ihre Beobachtungen an die Zentrale in Washington, recherchierten selber und konnten sich schnell alles zusammen-

reimen: Im Mai hat Trump seinen Freund und Geldgeber Louis DeJoy an die Spitze des US Postal Service gesetzt. Und der hat kurz vor der Wahl gezielt das Budget vehement zusammengestrichen.

„Wenn wir Post zurückhalten, werden wir laut Vertrag gefeuert“,

sagt Mize. „Jetzt kriegen wir von oben Befehle, die Post zurückzuhalten.“ Er ist nicht sauer, sondern „total angewidert von den Änderungen, die uns davon abhalten, unseren Job zu machen.“

Die Frage ist, warum der Präsident das tun sollte?

„Es geht darum, die Post zu diskreditieren und Zweifel zu säen“, sagt Mize. „Es soll die Leute abschrecken, via Brief zu wählen. Viele sind ohnehin nervös, wenn sie in Coronazeiten vor Wahllokalen mit hunderten Leuten in der Schlange stehen. Das alles ist, voter suppression – Wählerunterdrückung.“

Was wie eine Verschwörungstheorie klingt, hat der Präsident selber bestätigt. In einem Interview mit dem Sender „Fox Business“ Mitte August gab er zu, dass es ihm darum geht, Briefwahl zu verhindern. „Es ist ungeheuerlich“, findet Mize. „Es ist nicht nur ein Angriff auf die Post. Es ist ein Angriff auf die Demokratie.“

Was rät er den Wählern, die nicht drei Stunden in der Schlange stehen wollen?

„Unser Aufruf lautet: Schickt die Unterlagen sofort raus, damit sie rechtzeitig ankommen. Eine Woche vor der Wahl ist zu spät. Macht es jetzt“, sagt er eindringlich und es klingt kurz wie eine Frage von Leben und Tod.



Alternative Fakten: Demonstranten warten auf den Präsidenten, der einen Besuch in Kenosha nutzt, um die Angst der Wei-

Immer mehr Menschen treffen an diesem Dienstag vor dem Postamt in Southfield ein, Kongressabgeordnete kommen hinzu, Postangestellte, Bürger. Sie wirken verstört, wie nach einem Anschlag, laufen durcheinander, versuchen, sich zu trösten und zu motivieren.

Die Wahl ist in Gefahr, das höchste Gut.

Southfield, Michigan. Orte wie diese sind jetzt Schauplätze für den Kampf für die Demokratie.

Vor Ort ist auch Rashida Tlaib, Kongressabgeordnete der Demokraten. Sie ist in diesen Jahren so etwas wie die Lieblingsfeindin des Präsidenten geworden. Trump hat viele Frauen angegriffen, Nancy Pelosi („verrückt“), die Chefin von General Motors („Schlampe“), die Komödiantin Rosie O’Donnell („dickes fettes Schwein“). Er hat für seine Sexaffären Schweigegelder zahlen lassen und er hat Witwen gesteckt, dass ihre verstorbenen Männer in der Hölle schmoren.

Er erinnert manchmal eher an einen Sadisten als an einen Präsidenten.

Zur Strategie eines Autokraten, so legt es die Autoritarismus-Forscherin Erica Frantz dar, gehören nicht nur Attacken auf die Presse, auf Ausländer und Minderheiten, sondern auch auf politische Gegner, eine Art Dämonisierung, so dass sie zu Zielscheiben werden. Für keine gilt das so wie Rashida Tlaib, die von Trump aufgefordert wurde, dorthin zurückzugehen, wo sie herkommt – in Anspielung auf ihre Religion, den Islam.

„Ich komme aus Michigan“, sagt sie, als sie vor dem Postamt steht. Angst hat Tlaib nicht vor Trump, obwohl sie regelmäßig Morddrohungen erhält – „nur eine tote



Rashida Tlaib, 44, erhält als muslimische Senatsabgeordnete der Demokraten Morddrohungen. Trump forderte sie auf, „nach Palästina zurückzugehen“.

Muslimin ist eine gute Muslimin“. Die Angriffe auf sich kann sie ertragen, nicht aber die Angriffe auf die Demokratie. „Es handelt sich um Faschismus“, sagt sie. „Er versucht buchstäblich, unsere Demokratie zu kapern und die Stimmabgabe zu blockieren. Er weiß, wenn die Wahlbeteiligung hoch geht, verliert er.“

Tlaib redet ruhig und bedacht, anders als Mize und die anderen um sie herum. Sie hat Trump lang genug aus der Nähe erlebt. Man müsse am Wahltag auf alles vorbereitet sein.

„Die Staaten organisieren zwar die Wahlen über die Beamten in den Landkreisen, aber er kontrolliert die Bundesbehörden.“

Einen solchen Angriff auf die Demokratie habe Amerika in der Geschichte noch nie erlebt, sagt sie. „Mein 15-jähriger Sohn weist mich darauf hin, dass wir gerade Geschichte erleben, etwas, das in Europa schon länger geschieht, in Ungarn und Polen. Die Wählerunterdrückung ist am stärksten in schwarzen Vierteln und im Süden. Das gab es schon immer, aber jetzt findet es überall im Land statt.“

\*\*\*

1200 Kilometer von Michigan entfernt, im Norden des Staates Georgia, überlegt Michelle Cofer, wie sie dieses abenteuerliche Spektakel namens Wahl diesmal angeht. Drei Stunden hat sie beim letzten Mal vor drei Monaten in der Schlange angestanden. Drei Stunden, in denen viele Wähler entmutigt nach Hause gingen. In denen sie sich fragte, warum in ihrem Wahllokal, wo viele Afroamerikaner wählen, so wenige Wahlhelfer sind. ➤

FOTOS: SAUL LOEB/AFP; ACTION PRESS; REBECCA COOK/REUTERS

Schließlich kam sie an die Reihe. Man sagte ihr, sie sei nicht mehr registriert. „Ich kann in meinen alten Landkreis fahren“, schlug sie vor. Nein, sie solle provisorisch mal ihre Stimme abgeben.

Im Anschluss an die Wahl forschte sie in den Wahlbüchern nach. Wurde zunächst abgewiesen. Forschte weiter. „Jeder andere hätte schon aufgegeben“, erzählt die Finanzberaterin am Handy während einer Fahrt zu einem Kunden. Sie fand heraus: Ihre Stimme, abgegeben in einem mehrheitlich republikanischen Landkreis, zählte wie tausende andere nicht. Mehr als 300 000 Wähler löschte der Staat Georgia aus den Wahlregistern, weil sie nicht mehr aktuell seien.

**W**ählerunterdrückung zeigt sich in vielen Facetten. In Georgia, wo Maschinen nicht funktionieren und Wahlhelfer nicht auftauchen. In Wisconsin, wo Trump mit nur 22 000 Stimmen Vorsprung gewann, sollen mehr als 230 000 Wähler, die in den vergangenen vier Jahren nicht gewählt haben, von den Listen gestrichen werden – vor allem Schwarze. In vielen Bundesstaaten haben zudem Republikaner Wahlbezirke so zugeschnitten, dass die Demokraten keine Chance auf einen Sieg mehr haben, der Vorgang heißt „gerrymandering“.

Michelle Cofer, 40, geht in ihrer Kleinstadt Duluth von Tür zu Tür und motiviert die Menschen, zur Wahl zu gehen – als handelte es sich um eine Heldentat und nicht um die Wahrnehmung eines demokratischen Rechts.

„In diesem Jahr haben viele Angst“, sagt Cofer. Trump habe seine Anhänger angewiesen, vor Wahllokalen für Ordnung zu sorgen. Manche werden es mit Waffen tun. „Viele von uns sind ohnehin verwirrt. Ich zum Beispiel habe gerade Post bekommen mit der Aufforderung, einen Bogen auszufüllen, dann müsse ich nicht mehr zum Wahllokal gehen. Gerade die Millennials, die ich kenne, fühlen sich abgeschreckt. Die denken: Wählen ändert sowieso nichts. Aber natürlich ändert es etwas. Unser Präsident versucht, Zweifel zu säen bei dem wichtigsten demokratischen Recht, das wir haben.“

\*\*\*

Barbara Mc Quade, Jura-Professorin an der University of Michigan, glaubt nicht, dass Trump die Wahl manipulieren kann. Aber sie befürchtet, dass er sich womöglich als Sieger ausruft, bevor alle Briefwahlstimmen ausgezählt sind. Die Juristin sagt im Interview in einem Vorort von Detroit, wenn der Ausgang nicht den erhofften Sieg bringen sollte, könne Trump von Wahlbetrug sprechen. Dann würde Justizminister Barr Ermittlungen übernehmen und die Schlüsselrolle erhalten.

Mc Quade, 55, gehört zu den Spitzenbeamten, die von Trump in einer Säuberungsaktion geschasst wurden – in ihrer Funktion als Bundesstaatsanwältin. Zu seinen Opfern zählen auch Richter, Whistleblower, FBI-Beamte, Generäle, die es wagten, eine andere Meinung zu vertreten oder Amtsmissbrauch zu melden.

Vor allem mit den Themen Korruption, Nationale Sicherheit und Wirtschaftskriminalität hatte McQuade es zu tun – Felder, auf denen sie Trump und seinen

**Propaganda: Anfang Juni lässt Trump vor dem Weißen Haus eine Demonstration vom Militär auflösen – damit er mitsamt General und Bibel in der Hand vor der Kirche St John's**



**EINEN SOLCHEN FRONTAL-ANGRIFF AUF DIE DEMOKRATIE HAT AMERIKA NOCH NICHT ERLEBT**

**Korruption: Trump wirbt für Produkte des Lebensmittelherstellers Goya – im Oval Office. Der CEO des Unternehmens hatte zuvor gesagt, Amerika sei „gesegnet“**



# VERFASSUNGSWIDRIG, ANMASSEND, KORRUPT

Eine Chronologie der antidemokratischen Maßnahmen der Regierung Trump

## 2017

**FBI-Direktor James Comey (u.) verliert sein Amt**, nachdem er eine Untersuchung gegen Trump und sein Wahlteam in der Causa Russland angestrengt hat.



**Regierungsinstitutionen wie das Umweltamt werden ausgehöhlt**, müssen Datensätze zum Klimawandel von Webseiten entfernen, verlieren Experten.

**Regierungaccounts des Weißen Hauses werden für politische Zwecke missbraucht**, das Weiße Haus selbst nutzt Trump für Werbeveranstaltungen.

**Medienunternehmen und Journalisten werden angegriffen** – so lässt Trump nicht genehme Journalisten ausperren; droht, Senderlizenzen zu entziehen; erhöht Post-Gebühren für die Zustellung von Zeitungen und versucht, Geschäfte von TimeWarner, dem Eigner von CNN, zu verhindern.

**Trump bereichert sich persönlich und verteilt Regierungsaufträge an Freunde**. So zahlte der US-Steuerzahler mindestens 970 000 Dollar an Trump-Hotels für überbeuerte Zimmerrechnungen. Trumps Lieblings-Baufirma erhielt Aufträge über 1,3 Milliarden Dollar für die Mauer an der Südgrenze, ohne Ausschreibung.



## 2018

**Justizminister Jeff Sessions (l.) tritt zurück**, nachdem ihn Trump attackierte, weil Sessions ihn nicht vor Ermittlungen

geschützt habe – wie es die Trennung von Exekutive und Judikative vorsieht.

**Beim FBI verlieren Experten ihren Job**, weil sie Wahl-Manipulationen aus Russland untersuchen, so beispielsweise der Geheimdienstexperte Peter Strzok und Ex-FBI-Direktor Andrew McCabe.



## 2019

**Trump ignoriert alle Anordnungen zur Aussage vor dem Kongress** und verbietet seinen Mitarbeitern

auszusagen – darunter Schwiegersohn Jared Kushner (im Bild mit Frau Ivanka) und Justizminister William Barr. Außerdem weigert sich das Weiße Haus, dem Kongress Auskunft zu geben zu Themen wie Trumps Finanzen, Trennung von Flüchtlings-Familien an der Grenze oder Atomtechnologie-Transfers nach Saudi-Arabien.

**Für den Bau der Mauer holt sich Trump 2,5 Milliarden Dollar via Notfallverordnung**, nachdem der Kongress ihm das Geld verweigert hatte. Im Juli 2020 nennt das Oberste Gericht diesen Vorgang „verfassungswidrig“, da er die Budgethoheit des gewählten Parlaments umgeht.

**Seine Familie hebt Trump in Ämter, für die sie keinerlei Qualifikationen aufweisen** – so entschied Ivanka mit über die Besetzung der Weltbank, Schwiegersohn Jared Kushner, ein Immobilienunternehmer, soll politische Strategien im Nahen Osten und zur Pandemie entwickeln. Beide nutzen ihre Positionen für persönliche Geschäfte – am Tag, an dem Ivanka mit Chinas Präsident Xi dinierte, bekam ihr Modelabel Markenrechte in China. Kushner wurde von Qatar mit einem Kredit über mehrere Milliarden Dollar unterstützt, der seine Investition in ein Hochhaus an der Fifth Avenue in New York rettete.

## 2020

**Trump setzt das Justizministerium unter Druck**, um Untersuchungen gegen politische Freunde zu unterbinden oder Strafen zu reduzieren – beispielsweise im Fall des früheren Sicherheitsberaters Michael Flynn.

**Zeugen des Impeachment-Verfahrens werden bestraft**, die Trump als illoyal empfand. So verlor Lieutenant Colonel Alexander Vindman nach seinen Aussagen den Posten im Nationalen Sicherheitskomitee und wurde aus dem Militär gemobbt. Sein Bruder wurde ebenfalls aus dem Nationalen Sicherheitskomitee gefeuert.

**Zeugen werden begnadigt**, die für den Präsidenten gelogen hatten – beispielsweise Trumps Freund Roger Stone, der über seine Rolle als Vermittler zwischen Wikileaks und der Trump-Wahlkampagne gegenüber FBI und Kongress die Unwahrheit sagte.

**Staatsanwälte werden gefeuert**, die Verfahren gegen Trump, seine Familie, seine Geschäfte oder seine Geschäftsfreunde einleiteten – beispielsweise Geoffrey Berman in New York, der untersuchte, ob es finanzielle Unregelmäßigkeiten in Trumps Amtseinführungs-Komitee gegeben hat.

**Der Post werden Mittel verweigert**, um die Briefwahl in Corona-Zeiten durchführen zu können – als Konsequenz fehlen Mitarbeiter und Maschinen, um die größere Anzahl von Briefen termingerecht zu verarbeiten.



**Die Volkszählung wird manipuliert**, so dass Angehörige von Minderheiten weniger Chancen haben, gezählt zu werden – durch das Fehlen ihrer Stimmen werden Bezirke mit einer großen Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund in Zukunft nicht angemessen repräsentiert. Was vor allem den Demokraten schadet. (Bild o.: Protest gegen Zensus-Manipulationen)

**Der staatliche Auslandsradiosender „Voice of America“ wird zum Propagandawerkzeug für Trumps Politik**. Fast alle Journalisten werden gefeuert.

**Der Kongress erhält keine aktuellen Geheimdienstbriefings mehr** – beispielsweise über Versuche anderer Staaten, die Wahl zu beeinflussen.

**Bundesstaaten und Städten droht Trump**, Lockdownmaßnahmen und Maskenvorschriften zu verbieten – Amtsanmaßung und Eingriff in die Souveränität der betroffenen Bürgermeister und Gouverneure, die zumeist den Demokraten angehören.

Recherche: Anuschka Tomat

FOTOS: PATRICK SEMANSKY/AP; GETTY IMAGES; AP/Q2; AFP



Auf dem G20-Gipfel in Japan 2019 nannte Trump den russischen Präsidenten Wladimir Putin einen „großartigen“



„Er redet und seine Leute stehen stramm. Das will ich auch bei meinen Leuten sehen“, sagte Trump im Mai 2018 über den nordkoreanischen

Spezis hätte gefährlich werden können. Für sie ist die größte Gefahr für die Demokratie nicht Wahlbetrug, sondern Justizminister William Barr. „Er intervenierte nicht nur in den Fällen von Trumps Kumpeln, Roger Stone und Michael Flynn. Er hat auch die Befehle zum Angriff auf Demonstranten am Lafayette Square gegeben. Er agiert eher wie ein persönlicher Anwalt des Präsidenten denn wie der Anwalt des Volkes.“

Barr ist so etwas wie die dunkle Kraft hinter Trumps Frontalangriff auf die Demokratie.

„Trump hat eine deutlich andere Sicht auf die Präsidentschaft als jene, die wir noch in der Schule lernten – nämlich, dass der Präsident einer von uns ist, nur eben in einer Führungsposition. Er hingegen sieht sich als Boss. Den Unterschied versteht er nicht. Ob er ein Autokrat ist, weiß ich nicht. In jedem Fall wehrt er sich gegen jede Kontrolle, diesen so wichtigen Baustein einer jeden Demokratie.“ Wird er wiedergewählt, befürchtet sie, brechen alle Dämme. „Dann wird er die Präsidentschaft vor allem nutzen, um persönlich Profit zu machen. Dann werden wir Machtmissbrauch hoch zehn sehen.“

\*\*\*

Botschafter Ryan Crocker hat für alle Präsidenten gearbeitet, Republikaner und Demokraten, seit den Zeiten von Ronald Reagan. 37 Jahre war er Diplomat für die USA, ständig an den Brennpunkten, er musste sich mit Saddam Hussein abgeben, Ayatollah Khomeini und den Taliban. Sein Freund George W. Bush nannte ihn Ame-

rikas „Lawrence of Arabia“.

Crocker, 73, ist noch immer ständig im Einsatz, in Sachen Diplomatie oder im Aufsichtsrat von Voice of America, dem Radiosender mit 340 Millionen Hörern, der den Deutschen während der Nazizeit die Nachrichten brachte und heute den Menschen in China und Russland. „Ich bin politisch ein Independent“, sagt er. „Ich habe nur eine Devise: Mach es richtig.“

So traf es ihn wie ein Schock, dass er vor wenigen Wochen abgesetzt wurde wie alle im Aufsichtsrat. Und schlimmer noch: An die Spitze wurde Michael Pack gesetzt, ein Kumpel von Trumps ehemaligem Chefideologen Steve Bannon. Und am schlimmsten: Aus „Voice of America“, diesem seit mehr als 78 Jahren unparteiischen Sender, diesem Aushängeschild der USA, machen die Neuen jetzt Voice of Trump, einen Propagandasender.

Das ist in etwa so, als würde man dem Rechtsextremisten Björn Höcke die Deutsche Welle überlassen.

„Wir wissen, dass alle gegen diese Neuausrichtung sind: das State Department, selbst die Republikaner im Senat, aber die Direktive kommt direkt aus dem Weißen Haus“, sagt Crocker. Und zwar von Stephen Miller, so vermutet er, Trumps nationalistischem Vordenker.

**T** rump arbeitet sehr hart daran, ein autoritärer Herrscher zu werden“, sagt Crocker, der alles andere als ein Linker ist. „Die große Frage wird sein, ob ein Präsident die Basis unserer Demokratie fundamental verändern kann. Es ist höchst gefährlich, wenn er das Militär gegen friedliche Demonstranten einsetzt, um ein Wahlkampffoto zu machen – so etwas haben wir in diesem Land noch nie gesehen. Die Frage ist, wie lange die Republikaner das noch mit ansehen wollen.“

Früher ging es um die Amerikanisierung der Welt. Jetzt um die Orbanisierung Amerikas.

Je näher die Wahl rückt, desto stärker verbreitet Trump wieder Verschwörungstheorien. Am vergangenen Wochenende warnte er plötzlich vor Flugzeugen „voller Gangstern in schwarzen Uniformen“. Er sprach verschwörerisch von Leuten aus „dunklen Schatten“, die Joe Biden steuerten. Er schürte Ängste wie einst der Ku Klux Klan und warnte weiße Frauen in den Vorstädten vor der Invasion von Afroamerikanern.

Jason Stanley, Philosophieprofessor an der Yale University, Experte für Faschismus, hat sich ausgiebig mit Trump befasst und von Anfang an Elemente von Faschismus beobachtet. Wie Trump Verschwörungstheorien über Obamas Geburtsort verbreitete und damit über Rassismus seinen Einstieg in die Politik fand. Wie er am Tag der Verkündung seiner Kandidatur Ausländer als Vergewaltiger und Mörder bezeichnete. Da gingen bei Stanley, der viele Mitglieder seiner Familie im Holocaust verlor, die Alarmglocken an.

„Wir glauben, dass es hier bei uns nicht passieren kann“, sagt er. „Aber wenn es in Deutschland passieren konnte, dann mit Sicherheit auch hier.“

Stanley, der lange in Deutschland lebte, ist auf dem Weg zu einem Radiostudio in Manhattan. Er ist ge- ➤



Aufruhr: Phil Robinson ist Teil der „Michigan Liberty Militia“. Er sagt, sie seien bereit für die Schlacht – gegen das Chaos und

**TRUMP NENNT SIE „MEINE UNTERSTÜTZER“ UND IHRE PARADEN**



Rassismus: Auf der „Trump 2020 Cruise Rally“ in Portland zeigen Teilnehmer Flaggen mit rassistischen Untertönen: die

FOTOS: UPI PHOTO/IMAGO IMAGES; DOUG WILLS/NYTIMES/REDFUX/LAIF; MARK PETERSON/REDFUX PICTURES; MASON TRINCA/NYTIMES/REDFUX/LAIF



rade sehr gefragt. Bereits 2018 hat er ein Buch über den Faschismus der Trump-Jahre geschrieben. „Das wichtigste Argument der Kritiker gegen mich war: Es gibt keine Gleichschaltung. Es gibt keine Miliz“, sagt Stanley. „Aber gerade sahen wir einen Parteitag der Gleichschaltung, einen reinen Persönlichkeitskult. Jetzt versucht Trump, eine faschistische Miliz zu schaffen und verteidigt den Milizionär Kyle Rittenhouse, der in Kenosha zwei Demonstranten erschoss.“

Stanley sieht noch viele andere Angriffe auf die Demokratie: die Ausschaltung von Andersdenkenden in den Ministerien. Die Attacken gegen die Medien. „Faschismus verläuft in jedem Land anders. Der deutsche Faschismus unterschied sich auch vom italienischen.“

Ist Trump also ein Faschist?

„Das ist die falsche Frage. Wenn er faschistische Taktiken benutzt und eine faschistische Politik verfolgt, ist es egal, was er in seinem Herzen denkt.“

Aber ist er so klug, dass er eine faschistische Politik entwerfen kann?

„Auch das ist die falsche Frage. Faschisten agieren oft eher wie Mafiabosse. Wie brillant musst du sein, um Mafiaboss zu sein? War Idi Amin ein Genie? Oder Al Capone? Trump versucht sich am Faschismus. Und er hat ziemlichen Erfolg.“

**W**enn Donald Trump stolz von seinen treuen Unterstützern in den Straßen spricht, auf den Protestmärschen und beim Erstürmen des Parlaments in Michigan, dann meint er auch Milizionäre wie Phil Robinson, 43, drei Kinder, langer Bart, ausgerüstet mit einem Sturmgewehr AR-15, Handschellen, einer Pistole und Metallplatten – mit „25 Pfund Militärmonitur“, bereit für jede Schlacht.

„Ich kann auch noch meine Glock holen, meine deutsche Waffe“, sagt Robinson und geht mit schweren Schritten ins Flachdachhaus seiner Tante im kleinen Dorf Plainwell mitten in Michigan. Er selbst wohnt tief im Wald, an einem geheimen Ort, eine Ranch, 37 Acres, mit eigener Schießanlage, wo er mit den 14 Mitgliedern seiner „Michigan Liberty Militia“ Militärübungen durchführt. „Für den Kampf in den Städten, gegen Plünderer, Chaoten und radikale Linke“.

Robinson ist kein weißer Nationalist, so sagt er. Er sei auch nicht gegen die Demokratie, er wolle nur sicher-



**Michael Mize, 47, ist als Post-Gewerkschafter alarmiert über die systematische Zerstörung des Postdienstes, zum Beispiel durch Abbau von Briefkästen. Und das in Zeiten von**

stellen, dass kein Chaos herrsche in den Straßen. Deswegen ist er – schwer bewaffnet – in die Hauptstadt Lansing gefahren und hat sie mit tausenden anderen aus Protest gegen die Corona-Beschränkungen lahmgelegt. Deswegen überlegt er, nach Kenosha oder Portland zu fahren, um den Feinden von Präsident Trump Paroli zu bieten.

„Wir sind bereit für die Schlacht. Wir wollen zeigen, dass wir es ernst meinen. Man muss erstmal wagen, sich uns in den Weg zu stellen.“

Amerikanische Milizionäre sprechen seit Jahren nicht mit Journalisten, die sie – ebenso wie Trump – für „Feinde des Volkes“ halten. Robinson aber glaubt, dass es ihm dient, seine Version zu verbreiten. Er hat schon mit dem New Yorker gesprochen, mit der Washington Post und „super – jetzt auch mit Deutschland.“

Das ist die Frage. Gibt man ihnen ein Forum? Oder zeigt man auf, welche Typen für den Präsidenten in den Kampf ziehen?

Robinson führt an ein Kriegerdenkmal im Ort, 3800 Einwohner, seine Inspiration. Dort ist die Verfassung aus dem Jahr 1789 in Stein gemeißelt. „Eine bewaffnete Miliz ist notwendig für die Sicherheit eines freien Staates“, liest er vor. „Das Recht, Waffen zu tragen, darf nicht

beschränkt werden.“ Er blickt herausfordernd. Milizen sind tatsächlich nicht verboten. „Wir halten uns bereit, um das Volk zu verteidigen“, sagt er. Wir sehen uns als Abschreckung. Mein Sheriff hat mir gesagt: Ihr seid unsere letzte Verteidigungslinie.“

Es klingt nicht gerade beruhigend, wenn ein Sheriff sowas sagt. Und noch mal beunruhigender angesichts von 400 Schüssen pro Minute, die Robinson beim Patrouillieren der Straßen aus seiner AR-15 abfeuern kann.

Als Robinson mit seinen Kameraden gegen die Corona-Restriktionen demonstrierte, feuerte Trump sie auf Twitter mit den Worten an: „LIBERATE MICHIGAN“, befreit Michigan. Wenn sie als außerstaatliche „Ordnungshüter“ auf Demos auftauchen, verteidigt Trump die martialischen Truppen als „meine Unterstützer“, wie kürzlich in Portland. Trump nennt das „friedliche Proteste“, und doch sind sie Teil seines unheimlichen Plans für die verbleibenden zwei Monate Wahlkampf: Chaos, Zuspitzung, Unruhen. „Je mehr Chaos, desto besser“, wie seine Beraterin Kellyanne Conway auf dem Parteitag Ende August zugab.

Es ist Trumps Strategie, um die Wahl doch noch zu gewinnen: Chaos zu provozieren, um dann das Chaos zu bekämpfen und sich dann als Herrscher über das Chaos zu feiern.

Es klingt irgendwie bekannt. ✘



Die Recherchen von **Jan-Christoph Wiechmann**, unterstützt von Anuschka Tomat im New Yorker *stern*-Büro, erstreckten sich über viele Wochen. Bei Trump kommt fast täglich eine neue Überraschung hinzu, stellten sie fest. Zuletzt: manipulierte Wahlvideos